

Heraus zum sozialrevolutionären 1. Mai in Hamburg:

Kapitalismus abschaffen! Für die soziale Revolution!

Sozialraub wohin Du siehst

Von ARD bis BILD hämmern uns die Medien täglich ein: Die "Reformen" genannten Angriffe auf unsere Existenzgrundlagen sollen und werden weitergehen. Dabei ist es ganz egal, ob SPD/Grüne oder CDU/FDP gerade die Regierung stellen. Sie wollen uns erzählen, daß gespart werden müsse. Gleichzeitig tun sie alles dafür, daß die angeblich „leeren Kassen“: durch Steuergeschenke an Konzerne und Spitzenverdiener und durch Reduzierung der Arbeitgeberanteile bei den Sozialversicherungen immer leerer werden. Die, an denen gespart wird, sind immer — aber auch wirklich immer — diejenigen, die sowieso nur wenig haben: Erwerbslose, Lohnabhängige und Rentner-Innen!

So brachten die letzten Runden der "Agenda 2010" u.a. Leistungskürzungen bei Sozialhilfe und Arbeitslosengeld. Beim "Sparen" allein bleibt es aber nicht, wenn die große Koalition der Sozialräuber aus Grünen, SPD, FDP und CDU/CSU "Reformen" beschließen: Erwerbslose sollen zur Aufnahme jeder noch so beschissenen, noch so gering entlohnten Arbeit gezwungen werden. Dadurch wird das Lohnniveau insgesamt gesenkt, und auch die, die noch halbwegs existenzsichernde Jobs haben, werden bedroht. Die Lohnspirale dreht sich rapide nach unten, die Verelendung von immer mehr Menschen schreitet voran.

In einer in der Geschichte der BRD nie zu vor dagewesenen Schnelligkeit und Radikalität betreiben Staat und Kapital Klassenkampf von oben. Für die Kapitalisten sind die derzeitigen "Reformen" ein wahrhaft lohnendes Geschäft, weshalb Arbeitgeberpräsidenten und BDI-Vorsitzende auch dreist immer weitere "Reformen" verlangen, vor allem die weitere Senkung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und noch größere Lockerung des Kündigungsschutzes.

Sachzwang Globalisierung?

Deutscher Imperialismus!

Der Exportweltmeister Deutschland will seine Konkurrenzvorteile durch dauerhaftes und weiter-

gehendes Sozial- und Lohndumping absichern und weiter ausbauen. Begründet wird dies mit der Lüge vom Sachzwang „Globalisierung“: In Land XY verdienen die Leute weniger, da lassen wir künftig unsere Waren herstellen, es sei denn, Ihr findet Euch mit erheblichen Lohnsenkungen ab. Mit diesem „Argument“ versuchen sie uns zu weltweit niedrigeren Löhnen zu erpressen.

Deshalb kann es auch nicht verwundern, daß die Herrschenden die "Globalisierung" vorantreiben. Die Imperialisten wollen auf billige Arbeitskräfte zugreifen können und neue Absatzmärkte erschließen. Es darf kein Fleckchen auf dieser Erde mehr geben, in dem das

Kapital nicht nach eigenem Gutdünken agieren kann, lautet ihr Credo. Bedeutendstes Instrument ist der BRD dabei die EU, mit deren Hilfe sie eine starke Position in der internationalen Konkurrenz hat. Unter deutsch-französischer Führung sichert sich die EU weltweit den Zugang zu Märkten und Rohstoffen. Die EU ist ein aggressiver imperialistischer Block, der den USA zunehmend Konkurrenz macht. Um jeden Widerstand gegen Interessen des EU-Kapitals weltweit (auch ohne US-Unterstützung) bekämpfen zu können, werden zur Zeit die verschiedensten militärischen Einheiten aufgebaut.

Die EU-Ost-Erweiterung passt genau in dieses Konzept: Sie sichern sich die günstigsten Bedingungen zum Zugriff auf die Märkte der zehn Beitrittsländer und schaffen sich dort Billiglohn-Zonen.

Leidtragende werden auch hier die Lohnabhängigen sein, die noch nicht einmal die gleichen Rechte wie ihre KollegInnen in den bisherigen EU-Ländern erhalten.

Und der DGB?

Weltweit leisten Hunderttausende von organisierten KollegInnen erfolgreichen Widerstand gegen Kapital und Politik. Ohne diesen organisierten Widerstand gäbe es im Kapitalismus nicht die geringsten sozialen Sicherheiten. Auch in den DGB-Gewerkschaften wissen viele Mitglieder, wie unverzichtbar z.B. die tägliche Gegenwehr am Arbeitsplatz ist. Und viele haben erkannt, daß sich die Agenda 2010 gegen ihre elementaren Interessen richtet. Zehntausende von ihnen sind im letzten Jahr dagegen auf die Straße gegangen, haben am 1.11. in Berlin mitdemonstriert.



Im Gegensatz zu diesen KollegInnen stehen die allermeisten Gewerkschafts-Funktionäre. Vor allem der DGB-Spitze geht es nicht um die Lebensinteressen ihrer Basis, sondern um die Wirtschaftsinteressen am Standort Deutschland. Das Kapital ist ihr „Sozialpartner“, und die Gewerkschaften sind für sie Anhängsel der SPD. Sie sind jener Teil der politischen Kaste, der in der Deutschland-AG für den „sozialen Frieden“ zuständig ist. Wenn sie Kampfmaßnahmen nicht vermeiden können, organisieren sie den Widerstand am liebsten so, daß er scheitert (wie die halbherzig organisierten Kundgebungen am 3. April 2004 – komplett mit albernen Popstars und kirchlichem Beistand), damit bloß kein wirklicher Widerstand entsteht. Als Tarifpolitiker unterschreiben sie lauter faule Kompromisse im Namen aller Beschäftigten. Als Sozialpolitiker machen sie sich Sorgen um die staatlichen Kassen, und die Not der Privathaushalte geht ihnen am Arsch vorbei. Deshalb wollen z.B. Sommer und Bsirske eine nachhaltige Erhöhung der Mehrwertsteuer.

DGB-Funktionäre sitzen in den Aufsichtsgremien der Arbeitsämter, die Erwerbslose in zu Dumping-Löhnen in »Personal-Service-Agenturen« zwingen. Schlimmer noch: Ein Teil der Angriffe auf die Arbeiterklasse, die miese Entlohnung als Zeitarbeitssklave in den PSA-Zeitarbeitsfirmen (wie z.B. dem bankrotten *Maatwerk*)

wurde vom DGB mitgestaltet. Alle DGB-Gewerkschaften haben diese Praxis vertraglich abgesichert.

Wenn wir uns an Demonstrationen der Gewerkschaft beteiligen, dann nur in einem eigenen Block, in klarer Abgrenzung zur DGB-Politik. Wir hoffen, daß sich uns viele im DGB organisierte KollegInnen anschließen.

**Wir wollen nicht nur ein Stück vom Kuchen
– wir wollen die ganze verdammte Bäckerei!**

"Schlimmeres verhüten" können nur wir gemeinsam gegen Staat und Kapital und ihre Helfershelfer. Denn Stillhalten und Kopfeinziehen in der Hoffnung, daß uns keine der Angriffe von Staat und Kapital treffen, werden uns nicht weiterhelfen. Uns zu organisieren kann uns niemand abnehmen, das müssen wir schon allein tun — radikal und selbstbestimmt!

Der Alltag im Kapitalismus ist geprägt von Perspektivlosigkeit, Geldsorgen und sozialer Unsicherheit. Unser Leben ist verplant: wir schufteten einzig und allein für die Geschäftserfolge irgendwelcher Unternehmen! Und wer in dieser Tretmühle nicht mehr gebraucht wird, soll bloß keine Kosten verursachen! So ein Leben wollen wir nicht mehr führen!

Soziale Revolution heißt, daß wir unsere Angelegenheiten selber in die Hand nehmen. Organisieren wir die Gesellschaft so, wie wir sie wollen: ohne Lohnarbeit und ohne Chefs, ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg — frei und selbstbestimmt!

Kapitalismus abschaffen! Für die soziale Revolution!

Tanz in den Mai: 30. April, ab 21 Uhr in der Planwirtschaft, Klausstr. 10, Hamburg-Ottensen

Sozialrevolutionärer Block in der DGB-Demo in Hamburg

Mai: 9.30 Uhr U-Bahn Mundburg, Hamburg

Sozialrevolutionäre 1. Mai-Demo 11 Uhr, ZOB-Hauptbahnhof

**Das Bündnis für einen sozialrevolutionären 1. Mai ruft dazu auf,
sich mit eigenen Losungen an der Demo am 3. April in Berlin zu beteiligen.
Treffpunkt 10 Uhr Alexanderplatz.**

Bündnis für einen sozialrevolutionären 1. Mai

Verhaltensmaßnahme: Kein Alkohol und keine Nationalfahnen auf unserer Demonstration!